



**alicon Holding GmbH,
Wien**

Bericht über die Prüfung des
Jahresabschlusses zum
31. März 2025

21. Oktober 2025

KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft
10263851

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Prüfungsvertrag und Auftragsdurchführung	4
2. Aufgliederungen und Erläuterungen von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses	6
3. Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses	7
3.1. Feststellungen zur Gesetzmäßigkeit von Buchführung und Jahresabschluss	7
3.2. Erteilte Auskünfte	7
3.3. Stellungnahme zu Tatsachen gemäß § 273 Abs. 2 und Abs. 3 UGB (Redepflicht des Abschlussprüfers)	7
4. Bestätigungsvermerk	8

Beilagenverzeichnis

Beilage

Jahresabschluss

Jahresabschluss zum 31. März 2025

I

- Bilanz zum 31. März 2025
- Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2024/25
- Anhang für das Geschäftsjahr 2024/25

Andere Beilagen

Translation of the local Report on the Audit of the Financial Statements
for the Year ended March 31, 2025

II

General Conditions of Contract

III

Allgemeine Auftragsbedingungen

IV

An die Geschäftsführung der
alicon Holding GmbH,
Wien

Wir haben die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. März 2025 der

alicon Holding GmbH,
Wien

(im Folgenden auch kurz „Gesellschaft“ genannt),

abgeschlossen und erstatten über das Ergebnis dieser Prüfung den folgenden **Bericht**:

1. Prüfungsvertrag und Auftragsdurchführung

Mit Schreiben vom 5. November 2024 der alicon Holding GmbH, Wien, wurden wir zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2024/25 beauftragt. Die Gesellschaft, vertreten durch den Geschäftsführer, hat mit uns einen **Prüfungsvertrag** abgeschlossen, den Jahresabschluss zum 31. März 2025 unter Einbeziehung der Buchführung gemäß §§ 269 ff. UGB zu prüfen.

Bei der geprüften Gesellschaft handelt es sich zum 31. März 2025 um eine **kleine Kapitalgesellschaft** im Sinn des § 221 UGB.

Die Gesellschaft unterliegt nicht der Verpflichtung zur Einrichtung eines **Aufsichtsrats**.

Bei der gegenständlichen Prüfung handelt es sich um eine **freiwillige Abschlussprüfung**.

Diese **Prüfung erstreckt sich darauf**, ob bei der Erstellung des Jahresabschlusses und der Buchführung die gesetzlichen Vorschriften beachtet wurden.

Bei unserer Prüfung beachteten wir die in Österreich geltenden **gesetzlichen Vorschriften** und die **berufsmäßigen Grundsätze** ordnungsgemäßer Durchführung von Abschlussprüfungen. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der internationalen Prüfungsstandards (*International Standards on Auditing – ISA*). Wir weisen darauf hin, dass das Ziel der Abschlussprüfung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen ist. Eine absolute Sicherheit lässt sich nicht erreichen, weil jedem internen Kontrollsystem die Möglichkeit von Fehlern immanent ist und aufgrund der stichprobengestützten Prüfung ein unvermeidbares Risiko besteht, dass wesentliche falsche Darstellungen im Jahresabschluss unentdeckt bleiben. Die Prüfung erstreckte sich nicht auf Bereiche, die üblicherweise den Gegenstand von Sonderprüfungen bilden.

Wir führten die Prüfung mit Unterbrechungen im **Zeitraum** von Juni bis Oktober 2025 durch. Wir haben die Prüfung mit dem Datum dieses Berichts materiell abgeschlossen.

Für die ordnungsgemäße Durchführung des Auftrags ist Frau Mag. Heidi Schachinger, Wirtschaftsprüferin, **verantwortlich**.

Grundlage für unsere Prüfung ist der mit der Gesellschaft abgeschlossene Prüfungsvertrag, bei dem die von der Kammer der Steuerberater:innen und Wirtschaftsprüfer:innen herausgegebenen „Allgemeinen **Auftragsbedingungen** für Wirtschaftstreuhandberufe“ (Beilage IV) einen integrierten Bestandteil bilden. Diese Auftragsbedingungen gelten nicht nur zwischen der Gesellschaft und dem Abschlussprüfer, sondern auch gegenüber Dritten. Bezüglich unserer Verantwortlichkeit und Haftung als Abschlussprüfer gegenüber der Gesellschaft und gegenüber Dritten kommt § 275 UGB zur Anwendung.

2. Aufgliederungen und Erläuterungen von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses

Alle erforderlichen Aufgliederungen und Erläuterungen von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses sind im Anhang des Jahresabschlusses enthalten.

3. Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses

3.1. Feststellungen zur Gesetzmäßigkeit von Buchführung und Jahresabschluss

Bei unseren Prüfungshandlungen stellten wir hinsichtlich der **Buchführung** die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften fest.

Im Rahmen unseres risiko- und kontrollorientierten Prüfungsansatzes haben wir – soweit wir dies für unsere Prüfungsaussage für notwendig erachteten – die internen Kontrollen in Teilbereichen des Rechnungslegungsprozesses in die Prüfung einbezogen.

Hinsichtlich der Gesetzmäßigkeit des **Jahresabschlusses** verweisen wir auf unsere Ausführungen im Bestätigungsvermerk.

3.2. Erteilte Auskünfte

Der gesetzliche Vertreter hat die von uns verlangten Aufklärungen und Nachweise erteilt und eine Vollständigkeitserklärung unterfertigt.

3.3. Stellungnahme zu Tatsachen gemäß § 273 Abs. 2 und Abs. 3 UGB (Redepflicht des Abschlussprüfers)

Bei Wahrnehmung unserer Aufgaben als Abschlussprüfer haben wir keine Tatsachen festgestellt, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können oder die schwerwiegende Verstöße des gesetzlichen Vertreters oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz oder Gesellschaftsvertrag erkennen lassen. Wesentliche Schwächen bei den internen Kontrollen des Rechnungslegungsprozesses sind uns nicht zur Kenntnis gelangt. Die Voraussetzungen für die Vermutung eines Reorganisationsbedarfs (§ 22 Abs. 1 Z. 1 URG) sind nicht gegeben.

4. Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss der

alicon Holding GmbH,
Wien,

bestehend aus der Bilanz zum 31. März 2025, der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Anhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31. März 2025 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens- und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise bis zum Datum dieses Bestätigungsvermerks ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu diesem Datum zu dienen.

Verantwortlichkeiten des gesetzlichen Vertreters für den Jahresabschluss

Der gesetzliche Vertreter ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die er als notwendig erachtet, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der gesetzliche Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, der gesetzliche Vertreter beabsichtigt, entweder die Gesellschaft zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen oder hat keine realistische Alternative dazu.

Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Ziele sind hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der vom gesetzlichen Vertreter angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der vom gesetzlichen Vertreter dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch den gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr der Gesellschaft von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.

- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.

Haftungsbeschränkung

Hinsichtlich unserer Verantwortlichkeit und Haftung aus dem Auftragsverhältnis gilt, soweit im Folgenden nichts Abweichendes dargelegt ist, Punkt 7. der Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe (AAB 2018). Diese können auf der Website der Kammer der Steuerberater:innen und Wirtschaftsprüfer:innen eingesehen werden (derzeit unter <https://ksw.or.at/berufsrecht/mandatsverhaeltnis/>).

Abweichend von Punkt 7. Abs. 2 der AAB 2018 kommt bezüglich unserer Verantwortlichkeit und Haftung als Abschlussprüfer gegenüber der Gesellschaft und gegenüber Dritten § 275 UGB zur Anwendung.

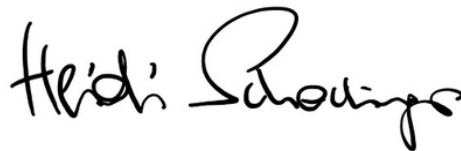
Auftragsverantwortliche Wirtschaftsprüferin

Die für die Abschlussprüfung auftragsverantwortliche Wirtschaftsprüferin ist Frau Mag. Heidi Schachinger.

Wien

21. Oktober 2025

KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft



qualifiziert elektronisch signiert:
Mag. Heidi Schachinger
Wirtschaftsprüferin

Dieses Dokument wurde qualifiziert elektronisch signiert und ist nur in dieser Fassung gültig. Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs. 2 UGB zu beachten.

alicon Holding GmbH
Laxenburger Straße 15, 1100 Wien

Finanzamt Österreich
Str.Nr. 04 559/6889 - 21

JAHRESABSCHLUSS

zum 31.03.2025

DERFLER & PARTNER

Steuerberatung GmbH & Co KG



Schiffslände 3
4810 Gmunden



T +43 7612 638 37 0
F +43 7612 638 37 36



office@derfler-partner.at
derfler-partner.at

BILANZ ZUM 31. 3. 2025

A K T I V A		2024/25 (EUR)	2023/24 (EUR/1000)	P A S S I V A		2024/25 (EUR)	2023/24 (EUR/1000)
A. ANLAGEVERMÖGEN				A. EIGENKAPITAL			
I. Finanzanlagen				I. eingefordertes Stammkapital			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		1.755.220,00	1.755,2	1. Stammkapital		1.784.000,00	1.784,0
				davon eingezahlt			
				1.784.000,00 / Vj. 1.784.000,00			
B. UMLAUFVERMÖGEN				II. Kapitalrücklagen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				1. nicht gebundene			
1. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	13.235,88		43,9			101.000,00	101,0
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr							
0,00 / Vj. 0,00				III. Bilanzverlust			
2. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	1.686,44		1,3	davon Verlustvortrag		-99.604,70	-99,6
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr				-99.604,70 / Vj. -100.854,70			
0,00 / Vj. 0,00				B. RÜCKSTELLUNGEN			
		14.922,32	45,2	1. sonstige Rückstellungen		12.312,00	11,9
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		27.939,98	13,6	C. VERBINDLICHKEITEN			
				1. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00		15,0
				2. sonstige Verbindlichkeiten	375,00	375,00	1,8
				davon gegenüber Abgabenbehörden			16,8
				375,00 / Vj. 1.750,00			
				davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr			
				375,00 / Vj. 1.750,00			
				davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr			
				0,00 / Vj. 0,00			
SUMME AKTIVA		1.798.082,30	1.814,0	SUMME PASSIVA		1.798.082,30	1.814,0

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

VOM 1. 4. 2024 BIS 31. 3. 2025

2024 / 25 (EUR)

2023 / 24
(EUR/1000)

1. sonstige betriebliche Erträge				
a. übrige		13.235,88		15,1
2. Betriebsleistung		13.235,88		15,1
3. sonstige betriebliche Aufwendungen				
a. Steuern, soweit sie nicht unter Z 6 fallen	19,75		0,0	
b. übrige	12.716,13	12.735,88	13,4	13,4
4. Zwischensumme aus Z 1 bis 3 (Betriebsergebnis)		500,00		1,8
5. Ergebnis vor Steuern				
Zwischensumme aus Z 4 und Z 4		500,00		1,8
6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		500,00		0,5
7. Ergebnis nach Steuern		0,00		1,3
8. Jahresüberschuss		0,00		1,3
9. Verlustvortrag aus dem Vorjahr		-99.604,70		-100,9
10. Bilanzverlust		-99.604,70		-99,6

alicon Holding GmbH
Beteiligungsgesellschaft
Laxenburger Straße 15
1100 Wien

Finanzamt: Österreich
Steuer-Nr.: 04 559/6889 - 21

Anhang
zum Jahresabschluss
31.03.2025

1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss wurde gemäß den Bestimmungen des österreichischen Unternehmensgesetzbuches (UGB) in der derzeit geltenden Fassung erstellt. Die bisherige Form der Darstellung wurde bei der Erstellung des vorliegenden Jahresabschlusses beibehalten.

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie unter Beachtung der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln (§ 222 Abs. 2 UGB), aufgestellt.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses wurden die Grundsätze der Vollständigkeit und der ordnungsmäßigen Bilanzierung eingehalten. Bei der Bewertung wurde von der Fortführung des Unternehmens ausgegangen. Die Geschäftsführung geht von der Werthaltigkeit der Beteiligungen und der Fortführung der Beteiligungsunternehmen aus (siehe dazu Ausführungen unter 1.1.1.). Der Fortbestand und die Entwicklung der alicon Holding GmbH ist mangels sonstiger Geschäftstätigkeit ausschließlich von der Entwicklung der direkten (Illichmann Castalloy s.r.o., Slowakei) und indirekten (Illichmann Castalloy GmbH, Österreich) Beteiligungen (Tochterunternehmen) abhängig.

Bei Vermögensgegenständen und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung angewendet. Dem Vorsichtsprinzip wurde Rechnung getragen, indem insbesondere nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen wurden. Alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste, die im Geschäftsjahr 2024 / 25 oder in einem der früheren Geschäftsjahre entstanden sind, wurden berücksichtigt.

Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine kleine Kapitalgesellschaft iSd § 221 UGB.

1.1. Anlagevermögen

1.1.1. Finanzanlagen

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bilanziert.

Bei nachhaltigen und wesentlichen Wertminderungen werden niedrigere Werte angesetzt. Außerplanmäßige Abschreibungen auf einen zum Abschlussstichtag niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen, wenn die Wertminderungen voraussichtlich von Dauer sind. Die Geschäftsführung geht aufgrund der erstellten Finanzpläne und der positiven Ertragsprognosen der verbundenen Unternehmen von keinem unmittelbaren Wertberichtigungsbedarf der Beteiligung aus. Im Geschäftsjahr 2024 / 25 wurden daher keine außerplanmäßigen Abschreibungen durchgeführt.

1.2. Umlaufvermögen

1.2.1. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Bei der Bewertung von Forderungen wurden erkennbare Risiken durch individuelle Abwertungen berücksichtigt.

Soweit erforderlich, wurde die spätere Fälligkeit durch Abzinsung berücksichtigt.

1.3. Rückstellungen

1.3.1. Sonstige Rückstellungen

Die Rückstellungen wurden mit dem bestmöglich zu schätzenden Erfüllungsbetrag bewertet.

Rückstellungen aus Vorjahren werden, soweit sie nicht verwendet werden und der Grund für ihre Bildung weggefallen ist, über sonstige betriebliche Erträge aufgelöst.

1.4. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Vorsicht bewertet.

1.5. Änderungen von Bewertungsmethoden

Änderungen von Bewertungsmethoden wurden nicht durchgeführt.

1.6. Mitzugehörigkeit von Vermögensgegenständen oder Verbindlichkeiten zu anderen Bilanzposten

Soweit erforderlich, ist die Mitzugehörigkeit von Vermögensgegenständen oder Verbindlichkeiten zu anderen Bilanzposten bei den jeweiligen Posten im folgenden Abschnitt angegeben.

2. Erläuterungen zur Bilanz

2.1. Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens und die Aufgliederung der Jahresabschreibung nach einzelnen Posten sind aus dem Anlagespiegel ersichtlich.

2.1.1. Finanzanlagen

Die Beteiligungen setzen sich wie folgt zusammen:

100% Illichmann Castalloy s.r.o., Partizanska 81, SVK-96681 Zarnovica, Handelsregister Banska Bystrica 18388/S

2.1.2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Fristigkeit der Forderungen stellt sich folgendermaßen dar:

	Summe		davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr	
	2024 / 25 EUR	2023 / 24 EUR	2024 / 25 EUR	2023 / 24 EUR
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	13.235,88	43.922,74	0,00	0,00
sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	1.686,44	1.250,00	0,00	0,00
Summe	14.922,32	45.172,74	0,00	0,00

2.1.2.1. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen

Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen sind zur Gänze Forderungen aus der Weiterverrechnung von Kosten.

2.2. Eigenkapital

Das Stammkapital steht unverändert mit EUR 1.784.000,00 zu Buche.

2.2.1. Kapitalrücklagen

2.2.1.1. Nicht gebundene Kapitalrücklagen

Als nicht gebundene Kapitalrücklage wird ein Gesellschafterzuschuss in Höhe von EUR 101.000,00 ausgewiesen.

2.2.2. Bilanzverlust

Der Bilanzverlust für das Jahr 2024 / 25 beläuft sich auf EUR -99.604,70 (Vorjahr EUR -99.604,70).

In diesem Betrag ist ein Verlustvortrag aus dem Jahr 2023 / 24 in Höhe von EUR -99.604,70 enthalten.

2.3. Rückstellungen

2.3.1. Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen bestehen aus folgenden Positionen:

	31.03.2025 EUR	31.03.2024 EUR
Rückstellungen für Rechts- und Beratungskosten	12.312,00	11.880,00
Summe	12.312,00	11.880,00

2.4. Verbindlichkeiten

Die Aufgliederung der Verbindlichkeiten gemäß § 225 Abs. 6 und § 237 Z 1 a und b stellt sich

folgendermaßen dar:

		R e s t l a u f z e i t			
		Summe	bis 1 Jahr	zw. 1 und 5 Jahre	über 5 Jahre
		EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber	2024 / 25	0,00	0,00	0,00	0,00
verbundenen Unternehmen	2023 / 24	15.000,00	15.000,00	0,00	0,00
sonstige Verbindlichkeiten	2024 / 25	375,00	375,00	0,00	0,00
	2023 / 24	1.750,00	1.750,00	0,00	0,00
Summe	2024 / 25	375,00	375,00	0,00	0,00
Summe	2023 / 24	16.750,00	16.750,00	0,00	0,00

2.4.1. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen veränderten sich gegenüber dem Vorjahr um EUR -15.000,00 und betragen zum 31.03.2025 EUR 0,00.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen waren zur Gänze Verbindlichkeiten aus kurzfristiger Darlehensgewährung.

2.4.2. Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten bestehen im Wesentlichen aus Verbindlichkeiten gegenüber Abgabenbehörden.

3. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

3.1. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen EUR 13.235,88 (Vorjahr EUR 15.126,96) und bestehen zur Gänze aus weiterverrechneten Kosten.

3.2. Sonstige betriebliche Aufwendungen

3.2.1. Steuern, soweit nicht Steuern vom Einkommen oder Ertrag

Die nicht ertragsabhängigen Steuern beliefen sich im Geschäftsjahr auf EUR 19,75 (Vorjahr EUR 0,00) und beinhalten sonstige Gebühren und Abgaben.

3.2.2. Übrige betriebliche Aufwendungen

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen betragen EUR 12.716,13 und veränderten sich gegenüber dem Vorjahr um EUR -660,83. Darin enthalten sind im Wesentlichen Rechts- und Beratungsaufwendungen und Aufwendungen für die Prüfung des Jahresabschlusses.

3.3. Betriebsergebnis

Das Betriebsergebnis beträgt EUR 500,00 und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um EUR -1.250,00 verändert.

3.4. Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag gliedern sich wie folgt:

	2024 / 25 EUR	2023 / 24 EUR
Körperschaftsteuer	500,00	500,00
Summe	500,00	500,00

3.5. Bilanzverlust

Das Jahresergebnis des Geschäftsjahres 2024 / 25 beträgt EUR 0,00 und veränderte sich gegenüber dem Vorjahr um EUR -1.250,00 (Vorjahresergebnis EUR 1.250,00).

Durch die Auflösung des Verlustvortrages aus dem Geschäftsjahr 2023 / 24 errechnet sich ein Bilanzverlust von EUR -99.604,70.

4. Sonstige Angaben

4.1. Anzahl der Arbeitnehmer

Die Gesellschaft beschäftigt wie im Vorjahr keine Dienstnehmer.

4.2. Name und Sitz des Mutterunternehmens

Die alicon Holding GmbH, Wien, ist ein verbundenes Unternehmen der

Alicon Castalloy Limited, Gate Nr. 1426, Shikrapur, Tal. Shirur, District Pune - 412208, India, die den Konzernabschluss für den kleinsten Kreis von Unternehmen aufstellt.

Wien, am 10. Oktober 2025

Heim Andreas

alicon Holding GmbH
Beteiligungsgesellschaft
Laxenburger Straße 15
1100 Wien

Firmenbuch-Nummer : 342032p
Firmenbuch-Gericht : Wien

ANLAGENSPIEGEL

Nr. Text	01. 04. 2024	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten				Buchwerte		
		Zugänge	davon akt. Zinsen	Abgänge	Umbuchungen	31. 03. 2025	31. 03. 2025	31. 03. 2024
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN								
I. Finanzanlagen								
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	1.755.220,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.755.220,00	1.755.220,00	1.755.220,00
S U M M E	1.755.220,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.755.220,00	1.755.220,00	1.755.220,00

Fortsetzung nächste Seite

alicon Holding GmbH
Beteiligungsgesellschaft
Laxenburger Straße 15
1100 Wien

Firmenbuch-Nummer : 342032p
Firmenbuch-Gericht : Wien

ANLAGENSPIEGEL

Nr. Text	Abschreibungsbewegungen						
	kumulierte AfA 01.04.2024 EUR	AfA laufend EUR	Zuschreibungen EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Umbuchungen EUR	kumulierte AfA 31.03.2025 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN							
I. Finanzanlagen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
SUMME	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00



Beilage II

This English language audit report is a translation provided for information purposes only. The original German text shall prevail in the event of any discrepancies between the English translation and the German original. We do not accept any liability for the use of, or reliance on, the English translation or for any errors or misunderstandings that may derive from the translation.

**alicon Holding GmbH,
Vienna, Austria**

Translation of the local
Report on the Audit of the Financial
Statements for the year ended
March 31, 2025

October 21, 2025

KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft
10263851

Table of Contents

	Page
1. Audit Contract and Scope of the Engagement	4
2. Breakdown and Description of Significant Financial Statement Items	6
3. Summary of Audit Findings	7
3.1. Compliance with Statutory Requirements of the Accounting System and Financial Statements	7
3.2. Explanations and Evidence	7
3.3. Reporting per Section 273 Paragraphs 2 and 3 UGB	7
4. Auditor's Report	8

Appendices

Appendix

Financial Statements

Financial Statements for the year ended March 31, 2025

I

- Balance Sheet as at March 31, 2025
- Income Statement for the year ended March 31, 2025
- Notes to the Financial Statements for the year ended March 31, 2025

Other Appendices

Translation of the local Report on the audit of Financial Statements
for the Year ended March 31, 2025

II

General Conditions of Contract

III

Allgemeine Auftragsbedingungen

IV

To the Management of
alicon Holding GmbH,
Vienna, Austria

We have audited the financial statements for the year ended March 31, 2025 of

alicon Holding GmbH,
Vienna, Austria
(referred to as „the Company”),

and **report** on the result of our audit as follows:

1. Audit Contract and Scope of the Engagement

By letter of alicon Holding GmbH, Vienna, Austria, dated November 5, 2024, we were elected as auditors for the financial year 2024/25. The Company, represented by the management concluded an **audit contract** with us to audit the financial statements of the Company as at March 31, 2025. Our audit also comprised the accounting system in accordance with Section 269 et seq UGB (Austrian Commercial Code).

As at March 31, 2025, the audited Company is a **small corporation** in accordance with Section 221 UGB.

The Company does not meet the criteria for the mandatory establishment of a **supervisory board**.

The audit is a **voluntary** audit.

The **audit includes** assessing whether the statutory requirements concerning the preparation of the financial statements adhered to.

Our audit was performed in accordance with the **legal requirements and Austrian Standards on Auditing**. These standards require that we comply with International Standards on Auditing – (ISAs). We would like to emphasize that the goal of the audit is to obtain reasonable assurance about whether the financial statements as a whole are free from material misstatement. Absolute assurance is not attainable due to the test nature and other inherent limitations of an audit, together with the inherent limitations of any accounting and internal control system. There is an unavoidable risk that even material misstatements may remain undetected. Areas which are generally covered in special engagements were not included in our scope of work.

We performed the audit between June and October 2025. The audit was substantially completed at the date of this report.

Engagement partner of the engagement is Ms. Heidi Schachinger, Wirtschaftsprüferin (Austrian Chartered Accountant).

Our audit is based on the audit contract concluded with the Company. The „General **Conditions of Contract**“ issued by the Chamber of Tax Advisers and Auditors (see Appendix III), form an integral part of the audit contract. The conditions of contract do not only apply to the Company and the auditor, but to third parties as well. Our liability as auditors is guided under Section 275 UGB.

2. Breakdown and Description of Significant Financial Statement Items

The breakdown and description of all significant financial statement items are included in the notes to the financial statements. We refer to the respective disclosures made by management in the notes.

3. Summary of Audit Findings

3.1. Compliance with Statutory Requirements of the Accounting System and Financial Statements

We obtain evidence that the **accounting system** is in compliance with statutory requirements.

In line with our risk and controls based audit approach and to the extent we considered necessary for the purpose of expressing an opinion, we considered internal controls related to sub processes of the financial reporting process as part of our audit.

With regard to the compliance of the **financial statements**, with all applicable statutory requirements, we refer to the auditor's report.

3.2. Explanations and Evidence

Management has sufficiently provided all evidence and explanations requested by us as well as their signed management representation letter.

3.3. Reporting per Section 273 Paragraphs 2 and 3 UGB

During our audit we did not note any facts which indicate that there could be substantial doubt about the Company's ability to continue as a going concern nor indicate a material deterioration of the Company's performance. Neither did we note any indications of non-compliance with Austrian law or the Company's articles of association. We did not note any material weaknesses in the internal controls over the financial reporting process. The criteria for reorganization per Section 22 Paragraph 1 Subsection 1 URG (Austrian Corporate Restructuring Act) were not met.

4. Auditor's Report

Report on the Financial Statements

Audit Opinion

We have audited the financial statements of

**alicon Holding GmbH,
Vienna, Austria,**

which comprise the Balance Sheet as at March 31, 2025, the Income Statement for the year then ended, and the Notes.

In our opinion, the financial statements comply with the legal requirements and present fairly, in all material respects, the financial position of the Company as at March 31, 2025 and its financial performance for the year then ended, in accordance with Austrian Generally Accepted Accounting Principles.

Basis for our Opinion

We conducted our audit in accordance with Austrian Standards on Auditing. These standards require the audit to be conducted in accordance with International Standards on Auditing (ISAs). Our responsibilities under those standards are further described in the „Auditor's Responsibilities“ section of our report. We are independent of the Company, in accordance with Austrian company law and professional regulations, and we have fulfilled our other responsibilities under those relevant ethical requirements. We believe that the audit evidence we have obtained up to the date of the auditor's report is sufficient and appropriate to provide a basis for our audit opinion on this date.

Responsibilities of Management for the Financial Statements

Management is responsible for the preparation and fair presentation of the financial statements in accordance with Austrian Generally Accepted Accounting Principles and for such internal controls as management determines are necessary to enable the preparation of financial statements that are free from material misstatement, whether due to fraud or error.

Management is also responsible for assessing the Company's ability to continue as a going concern, disclosing, as applicable, matters related to going concern and using the going concern basis of accounting, unless management either intends to liquidate the Company or to cease operations, or has no realistic alternative but to do so.

Auditor's Responsibilities

Our objectives are to obtain reasonable assurance about whether the financial statements as a whole, are free from material misstatements, whether due to fraud or error, and to issue an auditor's report that includes our audit opinion. Reasonable assurance represents a high level of assurance, but provides no guarantee that an audit conducted in accordance with Austrian Standards on Auditing (and therefore ISAs), will always detect a material misstatement, if any. Misstatements may result from fraud or error and are considered material if, individually or in aggregate, they could reasonably be expected to influence the economic decisions of users taken on the basis of these financial statements.

As part of an audit in accordance with Austrian Standards on Auditing, we exercise professional judgment and maintain professional skepticism throughout the audit.

Moreover:

- We identify and assess the risks of material misstatements in the financial statements, whether due to fraud or error, we design and perform audit procedures responsive to those risks and obtain sufficient and appropriate audit evidence to serve as a basis for our audit opinion. The risk of not detecting material misstatements resulting from fraud is higher than for one resulting from error, as fraud may involve collusion, forgery, intentional omissions, misrepresentations or the override of internal control.
- We obtain an understanding of internal control relevant to the audit in order to design audit procedures that are appropriate in the circumstances, but not for the purpose of expressing an opinion on the effectiveness of the entity's internal control.
- We evaluate the appropriateness of accounting policies used and the reasonableness of accounting estimates and related disclosures made by management.
- We conclude on the appropriateness of management's use of the going concern basis of accounting and, based on the audit evidence obtained, whether a material uncertainty exists related to events or conditions that may cast significant doubt on the Company's ability to continue as a going concern. If we conclude that a material uncertainty exists, we are required to draw attention to it in our audit report to the respective note in the financial statements. If such disclosures are not appropriate, we will modify our audit opinion. Our conclusions are based on the audit evidence obtained up to the date of our auditor's report. However, future events or conditions may cause the Company to cease to continue as a going concern.
- We evaluate the overall presentation, structure and content of the financial statements, including the notes, and whether the financial statements represent the underlying transactions and events in a manner that achieves fair presentation.

Limitation of liability

With regard to our responsibility and liability arising from the contractual relationship, point 7 of the General Terms and Conditions of Contract for Public Accountant Professions (AAB 2018) applies, unless stated otherwise below. These general terms and conditions can be viewed on the website of the Chamber of Tax Advisors and Auditors (currently under <https://ksw.or.at/berufsrecht/mandatsverhaeltnis/>).

Nonwithstanding Section 7 Paragraph 2 of the General Terms and Conditions 2018, Section 275 of the Austrian Commercial Code applies to our responsibility and liability as auditors to the Company and third parties.

Engagement Partner

The engagement partner is Ms. Heidi Schachinger.

Vienna

October 21, 2025

KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

signed by:
Heidi Schachinger
Wirtschaftsprüferin
(Austrian Chartered Accountant)

This report is a translation of the original report in German, which is solely valid.

The financial statements, together with our auditor's opinion, may only be published if the financial statements are identical with the audited version attached to this report. Section 281 Paragraph 2 UGB (Austrian Commercial Code) applies.

General Conditions of Contract for the Public Accounting Professions (AAB 2018)

Provided by the Board of the Chamber of Tax Advisers and Auditors

Preamble and General Items

(1) Contract within the meaning of these Conditions of Contract refers to each contract on services to be rendered by a person entitled to exercise profession in the field of public accounting exercising that profession (de facto activities as well as providing or performing legal transactions or acts, in each case pursuant to Sections 2 or 3 Austrian Public Accounting Professions Act (WTBG 2017). The parties to the contract shall hereinafter be referred to as the "contractor" on the one hand and the "client" on the other hand).

(2) The General Conditions of Contract for the professions in the field of public accounting are divided into two sections: The Conditions of Section I shall apply to contracts where the agreeing of contracts is part of the operations of the client's company (entrepreneur within the meaning of the Austrian Consumer Protection Act. They shall apply to consumer business under the Austrian Consumer Protection Act (Federal Act of March 8, 1979 / Federal Law Gazette No. 140 as amended) insofar as Section II does not provide otherwise for such business.

(3) In the event that an individual provision is void, the invalid provision shall be replaced by a valid provision that is as close as possible to the desired objective.

SECTION I

1. Scope and Execution of Contract

(1) The scope of the contract is generally determined in a written agreement drawn up between the client and the contractor. In the absence of such a detailed written agreement, (2)-(4) shall apply in case of doubt:

(2) When contracted to perform tax consultation services, consultation shall consist of the following activities:

- a) preparing annual tax returns for income tax and corporate tax as well as value-added tax (VAT) on the basis of the financial statements and other documents and papers required for taxation purposes and to be submitted by the client or (if so agreed) prepared by the contractor. Unless explicitly agreed otherwise, documents and papers required for taxation purposes shall be produced by the client.
- b) examining the tax assessment notices for the tax returns mentioned under a).
- c) negotiating with the fiscal authorities in connection with the tax returns and notices mentioned under a) and b).
- d) participating in external tax audits and assessing the results of external tax audits with regard to the taxes mentioned under a).
- e) participating in appeal procedures with regard to the taxes mentioned under a).

If the contractor receives a flat fee for regular tax consultation, in the absence of written agreements to the contrary, the activities mentioned under d) and e) shall be invoiced separately.

(3) Provided the preparation of one or more annual tax return(s) is part of the contract accepted, this shall not include the examination of any particular accounting conditions nor the examination of whether all relevant concessions, particularly those with regard to value added tax, have been utilized, unless the person entitled to exercise the profession can prove that he/she has been commissioned accordingly.

(4) In each case, the obligation to render other services pursuant to Sections 2 and 3 WTBG 2017 requires for the contractor to be separately and verifiably commissioned.

(5) The aforementioned paragraphs (2) to (4) shall not apply to services requiring particular expertise provided by an expert.

(6) The contractor is not obliged to render any services, issue any warnings or provide any information beyond the scope of the contract.

(7) The contractor shall have the right to engage suitable staff and other performing agents (subcontractors) for the execution of the contract as well as to have a person entitled to exercise the profession substitute for him/her in executing the contract. Staff within the meaning of these Conditions of Contract refers to all persons who support the contractor in his/her operating activities on a regular or permanent basis, irrespective of the type of underlying legal transaction.

(8) In rendering his/her services, the contractor shall exclusively take into account Austrian law; foreign law shall only be taken into account if this has been explicitly agreed upon in writing.

(9) Should the legal situation change subsequent to delivering a final professional statement passed on by the client orally or in writing, the contractor shall not be obliged to inform the client of changes or of the consequences thereof. This shall also apply to the completed parts of a contract.

(10) The client shall be obliged to make sure that the data made available by him/her may be handled by the contractor in the course of rendering the services. In this context, the client shall particularly but not exclusively comply with the applicable provisions under data protection law and labor law.

(11) Unless explicitly agreed otherwise, if the contractor electronically submits an application to an authority, he/she acts only as a messenger and this does not constitute a declaration of intent or knowledge attributable to him/her or a person authorized to submit the application.

(12) The client undertakes not to employ persons that are or were staff of the contractor during the contractual relationship, during and within one year after termination of the contractual relationship, either in his/her company or in an associated company, failing which he/she shall be obliged to pay the contractor the amount of the annual salary of the member of staff taken over.

2. Client's Obligation to Provide Information and Submit Complete Set of Documents

(1) The client shall make sure that all documents required for the execution of the contract be placed without special request at the disposal of the contractor at the agreed date, and in good time if no such date has been agreed, and that he/she be informed of all events and circumstances which may be of significance for the execution of the contract. This shall also apply to documents, events and circumstances which become known only after the contractor has commenced his/her work.

(2) The contractor shall be justified in regarding information and documents presented to him/her by the client, in particular figures, as correct and complete and to base the contract on them. The contractor shall not be obliged to identify any errors unless agreed separately in writing. This shall particularly apply to the correctness and completeness of bills. However, he/she is obliged to inform the client of any errors identified by him/her. In case of financial criminal proceedings he/she shall protect the rights of the client.

(3) The client shall confirm in writing that all documents submitted, all information provided and explanations given in the context of audits, expert opinions and expert services are complete.

(4) If the client fails to disclose considerable risks in connection with the preparation of financial statements and other statements, the contractor shall not be obliged to render any compensation insofar as these risks materialize.

(5) Dates and time schedules stated by the contractor for the completion of the contractor's products or parts thereof are best estimates and, unless otherwise agreed in writing, shall not be binding. The same applies to any estimates of fees: they are prepared to best of the contractor's knowledge; however, they shall always be non-binding.

(6) The client shall always provide the contractor with his/her current contact details (particularly the delivery address). The contractor may rely on the validity of the contact details most recently provided by the client, particularly have deliveries made to the most recently provided address, until such time as new contact details are provided.

3. Safeguarding of Independence

(1) The client shall be obliged to take all measures to prevent that the independence of the staff of the contractor be jeopardized and shall himself/herself refrain from jeopardizing their independence in any way. In particular, this shall apply to offers of employment and to offers to accept contracts on their own account.

(2) The client acknowledges that his/her personal details required in this respect, as well as the type and scope of the services, including the performance period agreed between the contractor and the client for the services (both audit and non-audit services), shall be handled within a network (if any) to which the contractor belongs, and for this purpose transferred to the other members of the network including abroad for the purpose of examination of the existence of grounds of bias or grounds for exclusion and conflicts of interest. For this purpose the client expressly releases the contractor in accordance with the Data Protection Act and in accordance with Section 80 (4) No. 2 WTBG 2017 from his/her obligation to maintain secrecy. The client can revoke the release from the obligation to maintain secrecy at any time.

4. Reporting Requirements

(1) (Reporting by the contractor) In the absence of an agreement to the contrary, a written report shall be drawn up in the case of audits and expert opinions.

(2) (Communication to the client) All contract-related information and opinions, including reports, (all declarations of knowledge) of the contractor, his/her staff, other performing agents or substitutes ("professional statements") shall only be binding provided they are set down in writing. Professional statements in electronic file formats which are made, transferred or confirmed by fax or e-mail or using similar types of electronic communication (that can be stored and reproduced but is not oral, i.e. e.g. text messages but not telephone) shall be deemed as set down in writing; this shall only apply to professional statements. The client bears the risk that professional statements may be issued by persons not entitled to do so as well as the transfer risk of such professional statements.

(3) (Communication to the client) The client hereby consents to the contractor communicating with the client (e.g. by e-mail) in an unencrypted manner. The client declares that he/she has been informed of the risks arising from the use of electronic communication (particularly access to, maintaining secrecy of, changing of messages in the course of transfer). The contractor, his/her staff, other performing agents or substitutes are not liable for any losses that arise as a result of the use of electronic means of communication.

(4) (Communication to the contractor) Receipt and forwarding of information to the contractor and his/her staff are not always guaranteed when the telephone is used, in particular in conjunction with automatic telephone answering systems, fax, e-mail and other types of electronic communication. As a result, instructions and important information shall only be deemed to have been received by the contractor provided they are also received physically (not by telephone, orally or electronically), unless explicit confirmation of receipt is provided in individual instances. Automatic confirmation that items have been transmitted and read shall not constitute such explicit confirmations of receipt. This shall apply in particular to the transmission of decisions and other information relating to deadlines. As a result, critical and important notifications must be sent to the contractor by mail or courier. Delivery of documents to staff outside the firm's offices shall not count as delivery.

(5) (General) In writing shall mean, insofar as not otherwise laid down in Item 4. (2), written form within the meaning of Section 886 Austrian Civil Code (ABGB) (confirmed by signature). An advanced electronic signature (Art. 26 eIDAS Regulation (EU) No. 910/2014) fulfills the requirement of written form within the meaning of Section 886 ABGB (confirmed by signature) insofar as this is at the discretion of the parties to the contract.

(6) (Promotional information) The contractor will send recurrent general tax law and general commercial law information to the client electronically (e.g. by e-mail). The client acknowledges that he/she has the right to object to receiving direct advertising at any time.

5. Protection of Intellectual Property of the Contractor

(1) The client shall be obliged to ensure that reports, expert opinions, organizational plans, drafts, drawings, calculations and the like, issued by the contractor, be used only for the purpose specified in the contract (e.g. pursuant to Section 44 (3) Austrian Income Tax Act 1988). Furthermore, professional statements made orally or in writing by the contractor may be passed on to a third party for use only with the written consent of the contractor.

(2) The use of professional statements made orally or in writing by the contractor for promotional purposes shall not be permitted; a violation of this provision shall give the contractor the right to terminate without notice to the client all contracts not yet executed.

(3) The contractor shall retain the copyright on his/her work. Permission to use the work shall be subject to the written consent by the contractor.

6. Correction of Errors

(1) The contractor shall have the right and shall be obliged to correct all errors and inaccuracies in his/her professional statement made orally or in writing which subsequently come to light and shall be obliged to inform the client thereof without delay. He/she shall also have the right to inform a third party acquainted with the original professional statement of the change.

(2) The client has the right to have all errors corrected free of charge if the contractor can be held responsible for them; this right will expire six months after completion of the services rendered by the contractor and/or – in cases where a written professional statement has not been delivered – six months after the contractor has completed the work that gives cause to complaint.

(3) If the contractor fails to correct errors which have come to light, the client shall have the right to demand a reduction in price. The extent to which additional claims for damages can be asserted is stipulated under Item 7.

7. Liability

(1) All liability provisions shall apply to all disputes in connection with the contractual relationship, irrespective of the legal grounds. The contractor is liable for losses arising in connection with the contractual relationship (including its termination) only in case of willful intent and gross negligence. The applicability of Section 1298 2nd Sentence ABGB is excluded.

(2) In cases of gross negligence, the maximum liability for damages due from the contractor is tenfold the minimum insurance sum of the professional liability insurance according to Section 11 WTBG 2017 as amended.

(3) The limitation of liability pursuant to Item 7. (2) refers to the individual case of damages. The individual case of damages includes all consequences of a breach of duty regardless of whether damages arose in one or more consecutive years. In this context, multiple acts or failures to act that are based on the same or similar source of error as one consistent breach of duty if the matters concerned are legally and economically connected. Single damages remain individual cases of damage even if they are based on several breaches of duty. Furthermore, the contractor's liability for loss of profit as well as collateral, consequential, incidental or similar losses is excluded in case of willful damage.

(4) Any action for damages may only be brought within six months after those entitled to assert a claim have gained knowledge of the damage, but no later than three years after the occurrence of the (primary) loss following the incident upon which the claim is based, unless other statutory limitation periods are laid down in other legal provisions.

(5) Should Section 275 Austrian Commercial Code (UGB) be applicable (due to a criminal offense), the liability provisions contained therein shall apply even in cases where several persons have participated in the execution of the contract or where several activities requiring compensation have taken place and irrespective of whether other participants have acted with intent.

(6) In cases where a formal auditor's report is issued, the applicable limitation period shall commence no later than at the time the said auditor's report was issued.

(7) If activities are carried out by enlisting the services of a third party, e.g. a data-processing company, any warranty claims and claims for damages which arise against the third party according to law and contract shall be deemed as having been passed on to the client once the client has been informed of them. Item 4. (3) notwithstanding, in such a case the contractor shall only be liable for fault in choosing the third party.

(8) The contractor's liability to third parties is excluded in any case. If third parties come into contact with the contractor's work in any manner due to the client, the client shall expressly clarify this fact to them. Insofar as such exclusion of liability is not legally permissible or a liability to third parties has been assumed by the contractor in exceptional cases, these limitations of liability shall in any case also apply to third parties on a subsidiary basis. In any case, a third party cannot raise any claims that go beyond any claim raised by the client. The maximum sum of liability shall be valid only once for all parties injured, including the compensation claims of the client, even if several persons (the client and a third party or several third parties) have sustained losses; the claims of the parties injured shall be satisfied in the order in which the claims have been raised. The client will indemnify and hold harmless the contractor and his/her staff against any claims by third parties in connection with professional statements made orally or in writing by the contractor and passed on to these third parties.

(9) Item 7. shall also apply to any of the client's liability claims to third parties (performing agents and vicarious agents of the contractor) and to substitutes of the contractor relating to the contractual relationship.

8. Secrecy, Data Protection

(1) According to Section 80 WTBG 2017 the contractor shall be obliged to maintain secrecy in all matters that become known to him/her in connection with his/her work for the client, unless the client releases him/her from this duty or he/she is bound by law to deliver a statement.

(2) Insofar as it is necessary to pursue the contractor's claims (particularly claims for fees) or to dispute claims against the contractor (particularly claims for damages raised by the client or third parties against the contractor), the contractor shall be released from his/her professional obligation to maintain secrecy.

(3) The contractor shall be permitted to hand on reports, expert opinions and other written statements pertaining to the results of his/her services to third parties only with the permission of the client, unless he/she is required to do so by law.

(4) The contractor is a data protection controller within the meaning of the General Data Protection Regulation ("GDPR") with regard to all personal data processed under the contract. The contractor is thus authorized to process personal data entrusted to him/her within the limits of the contract. The material made available to the contractor (paper and data carriers) shall generally be handed to the client or to third parties appointed by the client after the respective rendering of services has been completed, or be kept and destroyed by the contractor if so agreed. The contractor is authorized to keep copies thereof insofar as he/she needs them to appropriately document his/her services or insofar as it is required by law or customary in the profession.

(5) If the contractor supports the client in fulfilling his/her duties to the data subjects arising from the client's function as data protection controller, the contractor shall be entitled to charge the client for the actual efforts undertaken. The same shall apply to efforts undertaken for information with regard to the contractual relationship which is provided to third parties after having been released from the obligation to maintain secrecy to third parties by the client.

9. Withdrawal and Cancellation („Termination“)

(1) The notice of termination of a contract shall be issued in writing (see also Item 4. (4) and (5)). The expiry of an existing power of attorney shall not result in a termination of the contract.

(2) Unless otherwise agreed in writing or stipulated by force of law, either contractual partner shall have the right to terminate the contract at any time with immediate effect. The fee shall be calculated according to Item 11.

(3) However, a continuing agreement (fixed-term or open-ended contract on – even if not exclusively – the rendering of repeated individual services, also with a flat fee) may, without good reason, only be terminated at the end of the calendar month by observing a period of notice of three months, unless otherwise agreed in writing.

(4) After notice of termination of a continuing agreement and unless otherwise stipulated in the following, only those individual tasks shall still be completed by the contractor (list of assignments to be completed) that can (generally) be completed fully within the period of notice insofar as the client is notified in writing within one month after commencement of the termination notice period within the meaning of Item 4. (2). The list of assignments to be completed shall be completed within the termination period if all documents required are provided without delay and if no good reason exists that impedes completion.

(5) Should it happen that in case of a continuing agreement more than two similar assignments which are usually completed only once a year (e.g. financial statements, annual tax returns, etc.) are to be completed, any such assignments exceeding this number shall be regarded as assignments to be completed only with the client's explicit consent. If applicable, the client shall be informed of this explicitly in the statement pursuant to Item 9. (4).

10. Termination in Case of Default in Acceptance and Failure to Cooperate on the Part of the Client and Legal Impediments to Execution

(1) If the client defaults on acceptance of the services rendered by the contractor or fails to carry out a task incumbent on him/her either according to Item 2. or imposed on him/her in another way, the contractor shall have the right to terminate the contract without prior notice. The same shall apply if the client requests a way to execute (also partially) the contract that the contractor reasonably believes is not in compliance with the legal situation or professional principles. His/her fees shall be calculated according to Item 11. Default in acceptance or failure to cooperate on the part of the client shall also justify a claim for compensation made by the contractor for the extra time and labor hereby expended as well as for the damage caused, if the contractor does not invoke his/her right to terminate the contract.

(2) For contracts concerning bookkeeping, payroll accounting and administration and assessment of payroll-related taxes and contributions, a termination without prior notice by the contractor is permissible under Item 10. (1) if the client verifiably fails to cooperate twice as laid down in Item 2. (1).

11. Entitlement to Fee

(1) If the contract fails to be executed (e.g. due to withdrawal or cancellation), the contractor shall be entitled to the negotiated compensation (fee), provided he/she was prepared to render the services and was prevented from so doing by circumstances caused by the client, whereby a merely contributory negligence by the contractor in this respect shall be excluded; in this case the contractor need not take into account the amount he/she obtained or failed to obtain through alternative use of his/her own professional services or those of his/her staff.

(2) If a continuing agreement is terminated, the negotiated compensation for the list of assignments to be completed shall be due upon completion or in case completion fails due to reasons attributable to the client (reference is made to Item 11. (1)). Any flat fees negotiated shall be calculated according to the services rendered up to this point.

(3) If the client fails to cooperate and the assignment cannot be carried out as a result, the contractor shall also have the right to set a reasonable grace period on the understanding that, if this grace period expires without results, the contract shall be deemed ineffective and the consequences indicated in Item 11. (1) shall apply.

(4) If the termination notice period under Item 9. (3) is not observed by the client as well as if the contract is terminated by the contractor in accordance with Item 10. (2), the contractor shall retain his/her right to receive the full fee for three months.

12. Fee

(1) Unless the parties explicitly agreed that the services would be rendered free of charge, an appropriate remuneration in accordance with Sections 1004 and 1152 ABGB is due in any case. Amount and type of the entitlement to the fee are laid down in the agreement negotiated between the contractor and his/her client. Unless a different agreement has verifiably been reached, payments made by the client shall in all cases be credited against the oldest debt.

(2) The smallest service unit which may be charged is a quarter of an hour.

(3) Travel time to the extent required is also charged.

(4) Study of documents which, in terms of their nature and extent, may prove necessary for preparation of the contractor in his/her own office may also be charged as a special item.

(5) Should a remuneration already agreed upon prove inadequate as a result of the subsequent occurrence of special circumstances or due to special requirements of the client, the contractor shall notify the client thereof and additional negotiations for the agreement of a more suitable remuneration shall take place (also in case of inadequate flat fees).

(6) The contractor includes charges for supplementary costs and VAT in addition to the above, including but not limited to the following (7) to (9):

(7) Chargeable supplementary costs also include documented or flat-rate cash expenses, traveling expenses (first class for train journeys), per diems, mileage allowance, copying costs and similar supplementary costs.

(8) Should particular third party liabilities be involved, the corresponding insurance premiums (including insurance tax) also count as supplementary costs.

(9) Personnel and material expenses for the preparation of reports, expert opinions and similar documents are also viewed as supplementary costs.

(10) For the execution of a contract wherein joint completion involves several contractors, each of them will charge his/her own compensation.

(11) In the absence of any other agreements, compensation and advance payments are due immediately after they have been requested in writing. Where payments of compensation are made later than 14 days after the due date, default interest may be charged. Where mutual business transactions are concerned, a default interest rate at the amount stipulated in Section 456 1st and 2nd Sentence UGB shall apply.

(12) Statutory limitation is in accordance with Section 1486 of ABGB, with the period beginning at the time the service has been completed or upon the issuing of the bill within an appropriate time limit at a later point.

(13) An objection may be raised in writing against bills presented by the contractor within 4 weeks after the date of the bill. Otherwise the bill is considered as accepted. Filing of a bill in the accounting system of the recipient is also considered as acceptance.

(14) Application of Section 934 ABGB within the meaning of Section 351 UGB, i.e. rescission for *laesio enormis* (lesion beyond moiety) among entrepreneurs, is hereby renounced.

(15) If a flat fee has been negotiated for contracts concerning bookkeeping, payroll accounting and administration and assessment of payroll-related taxes and contributions, in the absence of written agreements to the contrary, representation in matters concerning all types of tax audits and audits of payroll-related taxes and social security contributions including settlements concerning tax assessments and the basis for contributions, preparation of reports, appeals and the like shall be invoiced separately. Unless otherwise agreed to in writing, the fee shall be considered agreed upon for one year at a time.

(16) Particular individual services in connection with the services mentioned in Item 12. (15), in particular ascertaining whether the requirements for statutory social security contributions are met, shall be dealt with only on the basis of a specific contract.

(17) The contractor shall have the right to ask for advance payments and can make delivery of the results of his/her (continued) work dependent on satisfactory fulfillment of his/her demands. As regards continuing agreements, the rendering of further services may be denied until payment of previous services (as well as any advance payments under Sentence 1) has been effected. This shall analogously apply if services are rendered in installments and fee installments are outstanding.

(18) With the exception of obvious essential errors, a complaint concerning the work of the contractor shall not justify even only the partial retention of fees, other compensation, reimbursements and advance payments (remuneration) owed to him/her in accordance with Item 12.

(19) Offsetting the remuneration claims made by the contractor in accordance with Item 12. shall only be permitted if the demands are uncontested and legally valid.

13. Other Provisions

(1) With regard to Item 12. (17), reference shall be made to the legal right of retention (Section 471 ABGB, Section 369 UGB); if the right of retention is wrongfully exercised, the contractor shall generally be liable pursuant to Item 7. or otherwise only up to the outstanding amount of his/her fee.

(2) The client shall not be entitled to receive any working papers and similar documents prepared by the contractor in the course of fulfilling the contract. In the case of contract fulfillment using electronic accounting systems the contractor shall be entitled to delete the data after handing over all data based thereon – which were prepared by the contractor in relation to the contract and which the client is obliged to keep – to the client and/or the succeeding public accountant in a structured, common and machine-readable format. The contractor shall be entitled to an appropriate fee (Item 12. shall apply by analogy) for handing over such data in a structured, common and machine-readable format. If handing over such data in a structured, common and machine-readable format is impossible or unfeasible for special reasons, they may be handed over in the form of a full print-out instead. In such a case, the contractor shall not be entitled to receive a fee.

(3) At the request and expense of the client, the contractor shall hand over all documents received from the client within the scope of his/her activities. However, this shall not apply to correspondence between the contractor and his/her client and to original documents in his/her possession and to documents which are required to be kept in accordance with the legal anti-money laundering provisions applicable to the contractor. The contractor may make copies or duplicates of the documents to be returned to the client. Once such documents have been transferred to the client, the contractor shall be entitled to an appropriate fee (Item 12. shall apply by analogy).

(4) The client shall fetch the documents handed over to the contractor within three months after the work has been completed. If the client fails to do so, the contractor shall have the right to return them to the client at the cost of the client or to charge an appropriate fee (Item 12. shall apply by analogy) if the contractor can prove that he/she has asked the client twice to pick up the documents handed over. The documents may also further be kept by third parties at the expense of the client. Furthermore, the contractor is not liable for any consequences arising from damage, loss or destruction of the documents.

(5) The contractor shall have the right to compensation of any fees that are due by use of any available deposited funds, clearing balances, trust funds or other liquid funds at his/her disposal, even if these funds are explicitly intended for safekeeping, if the client had to have anticipated the counterclaim of the contractor.

(6) To secure an existing or future fee payable, the contractor shall have the right to transfer a balance held by the client with the tax office or another balance held by the client in connection with charges and contributions, to a trust account. In this case the client shall be informed of the transfer. Subsequently, the amount secured may be collected either after agreement has been reached with the client or after enforceability of the fee by execution has been declared.

14. Applicable Law, Place of Performance, Jurisdiction

(1) The contract, its execution and the claims resulting from it shall be exclusively governed by Austrian law, excluding national referral rules.

(2) The place of performance shall be the place of business of the contractor.

(3) In absence of a written agreement stipulating otherwise, the place of jurisdiction is the competent court of the place of performance.

SECTION II

15. Supplementary Provisions for Consumer Transactions

(1) Contracts between public accountants and consumers shall fall under the obligatory provisions of the Austrian Consumer Protection Act (KSchG).

(2) The contractor shall only be liable for the willful and grossly negligent violation of the obligations assumed.

(3) Contrary to the limitation laid down in Item 7. (2), the duty to compensate on the part of the contractor shall not be limited in case of gross negligence.

(4) Item 6. (2) (period for right to correction of errors) and Item 7. (4) (asserting claims for damages within a certain period) shall not apply.

(5) Right of Withdrawal pursuant to Section 3 KSchG:

If the consumer has not made his/her contract statement in the office usually used by the contractor, he/she may withdraw from the contract application or the contract proper. This withdrawal may be declared until the contract has been concluded or within one week after its conclusion; the period commences as soon as a document has been handed over to the consumer which contains at least the name and the address of the contractor as well as instructions on the right to withdraw from the contract, but no earlier than the conclusion of the contract. The consumer shall not have the right to withdraw from the contract

1. if the consumer himself/herself established the business relationship concerning the conclusion of this contract with the contractor or his/her representative,

2. if the conclusion of the contract has not been preceded by any talks between the parties involved or their representatives, or

3. in case of contracts where the mutual services have to be rendered immediately, if the contracts are usually concluded outside the offices of the contractors, and the fee agreed upon does not exceed €15.

In order to become legally effective, the withdrawal shall be declared in writing. It is sufficient if the consumer returns a document that contains his/her contract declaration or that of the contractor to the contractor with a note which indicates that the consumer rejects the conclusion or the maintenance of the contract. It is sufficient if this declaration is dispatched within one week.

If the consumer withdraws from the contract according to Section 3 KSchG,

1. the contractor shall return all benefits received, including all statutory interest, calculated from the day of receipt, and compensate the consumer for all necessary and useful expenses incurred in this matter,

2. the consumer shall pay for the value of the services rendered by the contractor as far as they are of a clear and predominant benefit to him/her.

According to Section 4 (3) KSchG, claims for damages shall remain unaffected.

(6) Cost Estimates according to Section 5 Austrian KSchG:

The consumer shall pay for the preparation of a cost estimate by the contractor in accordance with Section 1170a ABGB only if the consumer has been notified of this payment obligation beforehand.

If the contract is based on a cost estimate prepared by the contractor, its correctness shall be deemed warranted as long as the opposite has not been explicitly declared.

(7) Correction of Errors: Supplement to Item 6.:

If the contractor is obliged under Section 932 ABGB to improve or complement his/her services, he/she shall execute this duty at the place where the matter was transferred. If it is in the interest of the consumer to have the work and the documents transferred by the contractor, the consumer may carry out this transfer at his/her own risk and expense.

(8) Jurisdiction: Shall apply instead of Item 14. (3)

If the domicile or the usual residence of the consumer is within the country or if he/she is employed within the country, in case of an action against him/her according to Sections 88, 89, 93 (2) and 104 (1) Austrian Court Jurisdiction Act (JN), the only competent courts shall be the courts of the districts where the consumer has his/her domicile, usual residence or place of employment.

(9) Contracts on Recurring Services:

(a) Contracts which oblige the contractor to render services and the consumer to effect repeated payments and which have been concluded for an indefinite period or a period exceeding one year may be terminated by the consumer at the end of the first year, and after the first year at the end of every six months, by adhering to a two-month period of notice.

(b) If the total work is regarded as a service that cannot be divided on account of its character, the extent and price of which is determined already at the conclusion of the contract, the first date of termination may be postponed until the second year has expired. In case of such contracts the period of notice may be extended to a maximum of six months.

(c) If the execution of a certain contract indicated in lit. a) requires considerable expenses on the part of the contractor and if he/she informed the consumer about this no later than at the time the contract was concluded, reasonable dates of termination and periods of notice which deviate from lit. a) and b) and which fit the respective circumstances may be agreed.

(d) If the consumer terminates the contract without complying with the period of notice, the termination shall become effective at the next termination date which follows the expiry of the period of notice.

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe (AAB 2018)

Zur Verfügung gestellt vom Vorstand der Kammer der Steuerberater:innen und Wirtschaftsprüfer:innen

Präambel und Allgemeines

(1) Auftrag im Sinne dieser Bedingungen meint jeden Vertrag über vom zur Ausübung eines Wirtschaftstreuhandberufes Berechtigten in Ausübung dieses Berufes zu erbringende Leistungen (sowohl faktische Tätigkeiten als auch die Besorgung oder Durchführung von Rechtsgeschäften oder Rechtshandlungen, jeweils im Rahmen der §§ 2 oder 3 Wirtschaftstreuhandberufsgesetz 2017 (WTBG 2017). Die Parteien des Auftrages werden in Folge zum einen „Auftragnehmer“, zum anderen „Auftraggeber“ genannt).

(2) Diese Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe gliedern sich in zwei Teile: Die Auftragsbedingungen des I. Teiles gelten für Aufträge, bei denen die Auftragserteilung zum Betrieb des Unternehmens des Auftraggebers (Unternehmer iSd KSchG) gehört. Für Verbrauchergeschäfte gemäß Konsumentenschutzgesetz (Bundesgesetz vom 8.3.1979/BGBl Nr.140 in der derzeit gültigen Fassung) gelten sie insoweit der II. Teil keine abweichenden Bestimmungen für diese enthält.

(3) Im Falle der Unwirksamkeit einer einzelnen Bestimmung ist diese durch eine wirksame, die dem angestrebten Ziel möglichst nahe kommt, zu ersetzen.

I. TEIL

1. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Der Umfang des Auftrages ergibt sich in der Regel aus der schriftlichen Auftragsvereinbarung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer. Fehlt diesbezüglich eine detaillierte schriftliche Auftragsvereinbarung gilt im Zweifel (2)-(4):

(2) Bei Beauftragung mit Steuerberatungsleistungen umfasst die Beratungstätigkeit folgende Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommen- oder Körperschaftsteuer sowie Umsatzsteuer und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden oder (bei entsprechender Vereinbarung) vom Auftragnehmer erstellten Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise. Wenn nicht ausdrücklich anders vereinbart, sind die für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise vom Auftraggeber beizubringen.
- b) Prüfung der Bescheide zu den unter a) genannten Erklärungen.
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden.
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.
- e) Mitwirkung im Rechtsmittelverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Erhält der Auftragnehmer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(3) Soweit die Ausarbeitung von einer oder mehreren Jahressteuererklärung(en) zum übernommenen Auftrag zählt, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Prüfung, ob alle in Betracht kommenden insbesondere umsatzsteuerrechtlichen Begünstigungen wahrgenommen worden sind, es sei denn, hierüber besteht eine nachweisliche Beauftragung.

(4) Die Verpflichtung zur Erbringung anderer Leistungen gemäß §§ 2 und 3 WTBG 2017 bedarf jedenfalls nachweislich einer gesonderten Beauftragung.

(5) Vorstehende Absätze (2) bis (4) gelten nicht bei Sachverständigentätigkeit.

(6) Es bestehen keinerlei Pflichten des Auftragnehmers zur Leistungserbringung, Warnung oder Aufklärung über den Umfang des Auftrages hinaus.

(7) Der Auftragnehmer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages geeigneter Mitarbeiter und sonstiger Erfüllungsgehilfen (Subunternehmer) zu bedienen, als auch sich bei der Durchführung des Auftrages durch einen Berufsbefugten substituieren zu lassen. Mitarbeiter im Sinne dieser Bedingungen meint alle Personen, die den Auftragnehmer auf regelmäßiger oder dauerhafter Basis bei seiner betrieblichen Tätigkeit unterstützen, unabhängig von der Art der rechtsgeschäftlichen Grundlage.

(8) Der Auftragnehmer hat bei der Erbringung seiner Leistungen ausschließlich österreichisches Recht zu berücksichtigen; ausländisches Recht ist nur bei ausdrücklicher schriftlicher Vereinbarung zu berücksichtigen.

(9) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung, so ist der Auftraggeber nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen. Dies gilt auch für in sich abgeschlossene Teile eines Auftrages.

(10) Der Auftraggeber ist verpflichtet dafür Sorge zu tragen, dass die von ihm zur Verfügung gestellten Daten vom Auftragnehmer im Rahmen der Leistungserbringung verarbeitet werden dürfen. Diesbezüglich hat der Auftraggeber insbesondere aber nicht ausschließlich die anwendbaren datenschutz- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen zu beachten.

(11) Bringt der Auftragnehmer bei einer Behörde ein Anbringen elektronisch ein, so handelt er – mangels ausdrücklicher gegenteiliger Vereinbarung – lediglich als Bote und stellt dies keine ihm oder einem einreichend Bevollmächtigten zurechenbare Willens- oder Wissenserklärung dar.

(12) Der Auftraggeber verpflichtet sich, Personen, die während des Auftragsverhältnisses Mitarbeiter des Auftragnehmers sind oder waren, während und binnen eines Jahres nach Beendigung des Auftragsverhältnisses nicht in seinem Unternehmen oder in einem ihm nahestehenden Unternehmen zu beschäftigen, widrigenfalls er sich zur Bezahlung eines Jahresbezuges des übernommenen Mitarbeiters an den Auftragnehmer verpflichtet.

2. Aufklärungspflicht des Auftraggebers; Vollständigkeitserklärung

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Auftragnehmer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen zum vereinbarten Termin und in Ermangelung eines solchen rechtzeitig in geeigneter Form vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Auftragnehmers bekannt werden.

(2) Der Auftragnehmer ist berechtigt, die ihm erteilten Auskünfte und übergebenen Unterlagen des Auftraggebers, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig anzusehen und dem Auftrag zu Grunde zu legen. Der Auftragnehmer ist ohne gesonderten schriftlichen Auftrag nicht verpflichtet, Unrichtigkeiten fest zu stellen. Insbesondere gilt dies auch für die Richtigkeit und Vollständigkeit von Rechnungen. Stellt er allerdings Unrichtigkeiten fest, so hat er dies dem Auftraggeber bekannt zu geben. Er hat im Finanzstrafverfahren die Rechte des Auftraggebers zu wahren.

(3) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen im Falle von Prüfungen, Gutachten und Sachverständigentätigkeit schriftlich zu bestätigen.

(4) Wenn bei der Erstellung von Jahresabschlüssen und anderen Abschlüssen vom Auftraggeber erhebliche Risiken nicht bekannt gegeben worden sind, bestehen für den Auftragnehmer insoweit diese Risiken schlagend werden keinerlei Ersatzpflichten.

(5) Vom Auftragnehmer angegebene Termine und Zeitpläne für die Fertigstellung von Produkten des Auftragnehmers oder Teilen davon sind bestmögliche Schätzungen und, sofern nicht anders schriftlich vereinbart, nicht bindend. Selbiges gilt für etwaige Honorarschätzungen: diese werden nach bestem Wissen erstellt; sie sind jedoch stets unverbindlich.

(6) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer jeweils aktuelle Kontaktdaten (insbesondere Zustelladresse) bekannt zu geben. Der Auftragnehmer darf sich bis zur Bekanntgabe neuer Kontaktdaten auf die Gültigkeit der zuletzt vom Auftraggeber bekannt gegebenen Kontaktdaten verlassen, insbesondere Zustellung an die zuletzt bekannt gegebene Adresse vornehmen lassen.

3. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, um zu verhindern, dass die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Auftragnehmers gefährdet wird, und hat selbst jede Gefährdung dieser Unabhängigkeit zu unterlassen. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass seine hierfür notwendigen personenbezogenen Daten sowie Art und Umfang inklusive Leistungszeitraum der zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber vereinbarten Leistungen (sowohl Prüfungs- als auch Nichtprüfungsleistungen) zum Zweck der Überprüfung des Vorliegens von Befangenheits- oder Ausschlussgründen und Interessenkollisionen in einem allfälligen Netzwerk, dem der Auftragnehmer angehört, verarbeitet und zu diesem Zweck an die übrigen Mitglieder dieses Netzwerkes auch ins Ausland übermittelt werden. Hierfür entbindet der Auftraggeber den Auftragnehmer nach dem Datenschutzgesetz und gemäß § 80 Abs 4 Z 2 WTBG 2017 ausdrücklich von dessen Verschwiegenheitspflicht. Der Auftraggeber kann die Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht jederzeit widerrufen.

4. Berichterstattung und Kommunikation

(1) (Berichterstattung durch den Auftragnehmer) Bei Prüfungen und Gutachten ist, soweit nichts anderes vereinbart wurde, ein schriftlicher Bericht zu erstatten.

(2) (Kommunikation an den Auftraggeber) Alle auftragsbezogenen Auskünfte und Stellungnahmen, einschließlich Berichte, (allesamt Wissenserklärungen) des Auftragnehmers, seiner Mitarbeiter, sonstiger Erfüllungsgehilfen oder Substitute („berufliche Äußerungen“) sind nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich erfolgen. Berufliche Äußerungen in elektronischen Dateiformaten, welche per Fax oder E-Mail oder unter Verwendung ähnlicher Formen der elektronischen Kommunikation (speicher- und wiedergabefähig und nicht mündlich dh zB SMS aber nicht Telefon) erfolgen, übermittelt oder bestätigt werden, gelten als schriftlich; dies gilt ausschließlich für berufliche Äußerungen. Das Risiko der Erteilung der beruflichen Äußerungen durch dazu Nichtbefugte und das Risiko der Übersendung dieser trägt der Auftraggeber.

(3) (Kommunikation an den Auftraggeber) Der Auftraggeber stimmt hiermit zu, dass der Auftragnehmer elektronische Kommunikation mit dem Auftraggeber (zB via E-Mail) in unverschlüsselter Form vornimmt. Der Auftraggeber erklärt, über die mit der Verwendung elektronischer Kommunikation verbundenen Risiken (insbesondere Zugang, Geheimhaltung, Veränderung von Nachrichten im Zuge der Übermittlung) informiert zu sein. Der Auftragnehmer, seine Mitarbeiter, sonstigen Erfüllungsgehilfen oder Substitute haften nicht für Schäden, die durch die Verwendung elektronischer Kommunikationsmittel verursacht werden.

(4) (Kommunikation an den Auftragnehmer) Der Empfang und die Weiterleitung von Informationen an den Auftragnehmer und seine Mitarbeiter sind bei Verwendung von Telefon – insbesondere in Verbindung mit automatischen Anrufbeantwortungssystemen, Fax, E-Mail und anderen Formen der elektronischen Kommunikation – nicht immer sichergestellt. Aufträge und wichtige Informationen gelten daher dem Auftragnehmer nur dann als zugegangen, wenn sie auch physisch (nicht (fern-)mündlich oder elektronisch) zugegangen sind, es sei denn, es wird im Einzelfall der Empfang ausdrücklich bestätigt. Automatische Übermittlungs- und Lesebestätigungen gelten nicht als solche ausdrücklichen Empfangsbestätigungen. Dies gilt insbesondere für die Übermittlung von Bescheiden und anderen Informationen über Fristen. Kritische und wichtige Mitteilungen müssen daher per Post oder Kurier an den Auftragnehmer gesandt werden. Die Übergabe von Schriftstücken an Mitarbeiter außerhalb der Kanzlei gilt nicht als Übergabe.

(5) (Allgemein) Schriftlich meint insoweit in Punkt 4 (2) nicht anderes bestimmt, Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit). Eine fortgeschrittene elektronische Signatur (Art. 26 eIDAS-VO, (EU) Nr. 910/2014) erfüllt das Erfordernis der Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit), soweit dies innerhalb der Parteiendisposition liegt.

(6) (Werbliche Information) Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber wiederkehrend allgemeine steuerrechtliche und allgemeine wirtschaftsrechtliche Informationen elektronisch (zB per E-Mail) übermitteln. Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass er das Recht hat, der Zusendung von Direktwerbung jederzeit zu widersprechen.

5. Schutz des geistigen Eigentums des Auftragnehmers

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die im Rahmen des Auftrages vom Auftragnehmer erstellten Berichte, Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Berechnungen und dergleichen nur für Auftragszwecke (z.B. gemäß § 44 Abs 3 EStG 1988) verwendet werden. Im Übrigen bedarf die Weitergabe schriftlicher als auch

mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an einen Dritten zur Nutzung der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers.

(2) Die Verwendung schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

(3) Dem Auftragnehmer verbleibt an seinen Leistungen das Urheberrecht. Die Einräumung von Werknutzungsbewilligungen bleibt der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers vorbehalten.

6. Mängelbeseitigung

(1) Der Auftragnehmer ist berechtigt und verpflichtet, nachträglich hervorkommende Unrichtigkeiten und Mängel in seiner schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung zu beseitigen, und verpflichtet, den Auftraggeber hiervon unverzüglich zu verständigen. Er ist berechtigt, auch über die ursprüngliche berufliche Äußerung informierte Dritte von der Änderung zu verständigen.

(2) Der Auftraggeber hat Anspruch auf die kostenlose Beseitigung von Unrichtigkeiten, sofern diese durch den Auftragnehmer zu vertreten sind; dieser Anspruch erlischt sechs Monate nach erbrachter Leistung des Auftragnehmers bzw. – falls eine schriftliche berufliche Äußerung nicht abgegeben wird – sechs Monate nach Beendigung der beanstandeten Tätigkeit des Auftragnehmers.

(3) Der Auftraggeber hat bei Fehlschlägen der Nachbesserung etwaiger Mängel Anspruch auf Minderung. Soweit darüber hinaus Schadenersatzansprüche bestehen, gilt Punkt 7.

7. Haftung

(1) Sämtliche Haftungsregelungen gelten für alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis, gleich aus welchem Rechtsgrund. Der Auftragnehmer haftet für Schäden im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis (einschließlich dessen Beendigung) nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Die Anwendbarkeit des § 1298 Satz 2 ABGB wird ausgeschlossen.

(2) Im Falle grober Fahrlässigkeit beträgt die Ersatzpflicht des Auftragnehmers höchstens das zehnfache der Mindestversicherungssumme der Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 11 Wirtschaftstreuhänderberufsgesetz 2017 (WTBG 2017) in der jeweils geltenden Fassung.

(3) Die Beschränkung der Haftung gemäß Punkt 7 (2) bezieht sich auf den einzelnen Schadensfall. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinander folgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als eine einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem und wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. Ein einheitlicher Schaden bleibt ein einzelner Schadensfall, auch wenn er auf mehreren Pflichtverletzungen beruht. Weiters ist, außer bei vorsätzlicher Schädigung, eine Haftung des Auftragnehmers für entgangenen Gewinn sowie Begleit-, Folge-, Neben- oder ähnliche Schäden, ausgeschlossen.

(4) Jeder Schadenersatzanspruch kann nur innerhalb von sechs Monaten nachdem der oder die Anspruchsberechtigten von dem Schaden Kenntnis erlangt haben, spätestens aber innerhalb von drei Jahren ab Eintritt des (Primär)Schadens nach dem anspruchsbegründenden Ereignis gerichtlich geltend gemacht werden, sofern nicht in gesetzlichen Vorschriften zwingend andere Verjährungsfristen festgesetzt sind.

(5) Im Falle der (tatbestandsmäßigen) Anwendbarkeit des § 275 UGB gelten dessen Haftungsnormen auch dann, wenn an der Durchführung des Auftrages mehrere Personen beteiligt gewesen und mehrere zum Ersatz verpflichtende Handlungen begangen worden sind und ohne Rücksicht darauf, ob andere Beteiligte vorsätzlich gehandelt haben.

(6) In Fällen, in denen ein förmlicher Bestätigungsvermerk erteilt wird, beginnt die Verjährungsfrist spätestens mit Erteilung des Bestätigungsvermerkes zu laufen.

(7) Wird die Tätigkeit unter Einschaltung eines Dritten, z.B. eines Daten verarbeitenden Unternehmens, durchgeführt, so gelten mit Benachrichtigung des Auftraggebers darüber nach Gesetz oder Vertrag be- oder entstehende Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche gegen den Dritten als an den Auftraggeber abgetreten. Der Auftragnehmer haftet, unbeschadet Punkt 4. (3), diesfalls nur für Verschulden bei der Auswahl des Dritten.

(8) Eine Haftung des Auftragnehmers Dritten gegenüber ist in jedem Fall ausgeschlossen. Geraten Dritte mit der Arbeit des Auftragnehmers wegen des Auftraggebers in welcher Form auch immer in Kontakt hat der Auftraggeber diese über diesen Umstand ausdrücklich aufzuklären. Soweit

ein solcher Haftungsausschluss gesetzlich nicht zulässig ist oder eine Haftung gegenüber Dritten vom Auftragnehmer ausnahmsweise übernommen wurde, gelten subsidiär diese Haftungsbeschränkungen jedenfalls auch gegenüber Dritten. Dritte können jedenfalls keine Ansprüche stellen, die über einen allfälligen Anspruch des Auftraggebers hinausgehen. Die Haftungshöchstsumme gilt nur insgesamt einmal für alle Geschädigten, einschließlich der Ersatzansprüche des Auftraggebers selbst, auch wenn mehrere Personen (der Auftraggeber und ein Dritter oder auch mehrere Dritte) geschädigt worden sind; Geschädigte werden nach ihrem Zuvorkommen befriedigt. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer und dessen Mitarbeiter von sämtlichen Ansprüchen Dritter im Zusammenhang mit der Weitergabe schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an diese Dritte schad- und klaglos halten.

(9) Punkt 7 gilt auch für allfällige Haftungsansprüche des Auftraggebers im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis gegenüber Dritten (Erfüllungs- und Besorgungshelfen des Auftragnehmers) und den Substituten des Auftragnehmers.

8. Verschwiegenheitspflicht, Datenschutz

(1) Der Auftragnehmer ist gemäß § 80 WTBG 2017 verpflichtet, über alle Angelegenheiten, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet oder gesetzliche Äußerungspflichten entgegen stehen.

(2) Soweit es zur Verfolgung von Ansprüchen des Auftragnehmers (insbesondere Ansprüche auf Honorar) oder zur Abwehr von Ansprüchen gegen den Auftragnehmer (insbesondere Schadenersatzansprüche des Auftraggebers oder Dritter gegen den Auftragnehmer) notwendig ist, ist der Auftragnehmer von seiner beruflichen Verschwiegenheitspflicht entbunden.

(3) Der Auftragnehmer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche berufliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen, es sei denn, dass eine gesetzliche Verpflichtung hierzu besteht.

(4) Der Auftragnehmer ist datenschutzrechtlich Verantwortlicher im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung („DSGVO“) hinsichtlich aller im Rahmen des Auftrages verarbeiteter personenbezogenen Daten. Der Auftragnehmer ist daher befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Grenzen des Auftrages zu verarbeiten. Dem Auftragnehmer überlassene Materialien (Papier und Datenträger) werden grundsätzlich nach Beendigung der diesbezüglichen Leistungserbringung dem Auftraggeber oder an vom Auftraggeber namhaft gemachte Dritte übergeben oder wenn dies gesondert vereinbart ist vom Auftragnehmer verwahrt oder vernichtet. Der Auftragnehmer ist berechtigt Kopien davon aufzubewahren soweit er diese zur ordnungsgemäßen Dokumentation seiner Leistungen benötigt oder es rechtlich geboten oder berufssüblich ist.

(5) Sofern der Auftragnehmer den Auftraggeber dabei unterstützt, die den Auftraggeber als datenschutzrechtlich Verantwortlichen treffenden Pflichten gegenüber Betroffenen zu erfüllen, so ist der Auftragnehmer berechtigt, den entstandenen tatsächlichen Aufwand an den Auftraggeber zu verrechnen. Gleiches gilt, für den Aufwand der für Auskünfte im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis anfällt, die nach Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht durch den Auftraggeber gegenüber Dritten diesen Dritten erteilt werden.

9. Rücktritt und Kündigung („Beendigung“)

(1) Die Erklärung der Beendigung eines Auftrags hat schriftlich zu erfolgen (siehe auch Punkt 4 (4) und (5)). Das Erlöschen einer bestehenden Vollmacht bewirkt keine Beendigung des Auftrags.

(2) Soweit nicht etwas anderes schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, können die Vertragspartner den Vertrag jederzeit mit sofortiger Wirkung beenden. Der Honoraranspruch bestimmt sich nach Punkt 11.

(3) Ein Dauerauftrag (befristeter oder unbefristeter Auftrag über, wenn auch nicht ausschließlich, die Erbringung wiederholter Einzelleistungen, auch mit Pauschalvergütung) kann allerdings, soweit nichts anderes schriftlich vereinbart ist, ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes nur unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten („Beendigungsfrist“) zum Ende eines Kalendermonats beendet werden.

(4) Nach Erklärung der Beendigung eines Dauerauftrags – sind, soweit im Folgenden nicht abweichend bestimmt, nur jene einzelnen Werke vom Auftragnehmer noch fertigzustellen (verbleibender Auftragsstand), deren vollständige Ausführung innerhalb der Beendigungsfrist (grundsätzlich) möglich ist, soweit diese innerhalb eines Monats nach Beginn des Laufs der Beendigungsfrist dem Auftraggeber schriftlich im Sinne des Punktes 4 (2) bekannt gegeben werden. Der verbleibende Auftragsstand ist innerhalb der Beendigungsfrist fertig zu stellen, sofern sämtliche erforderlichen

Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden und soweit nicht ein wichtiger Grund vorliegt, der dies hindert.

(5) Wären bei einem Dauerauftrag mehr als 2 gleichartige, üblicherweise nur einmal jährlich zu erstellende Werke (z.B. Jahresabschlüsse, Steuererklärungen etc.) fertig zu stellen, so zählen die über 2 hinaus gehenden Werke nur bei ausdrücklichem Einverständnis des Auftraggebers zum verbleibenden Auftragsstand. Auf diesen Umstand ist der Auftraggeber in der Bekanntgabe gemäß Punkt 9 (4) gegebenenfalls ausdrücklich hinzuweisen.

10. Beendigung bei Annahmeverzug und unterlassener Mitwirkung des Auftraggebers und rechtlichen Ausführungshindernissen

(1) Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Auftragnehmer angebotenen Leistung in Verzug oder unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Punkt 2. oder sonst wie obliegende Mitwirkung, so ist der Auftragnehmer zur fristlosen Beendigung des Vertrages berechtigt. Gleiches gilt, wenn der Auftraggeber eine (auch teilweise) Durchführung des Auftrages verlangt, die, nach begründetem Dafürhalten des Auftragnehmers, nicht der Rechtslage oder berufssüblichen Grundsätzen entspricht. Seine Honoraransprüche bestimmen sich nach Punkt 11. Annahmeverzug sowie unterlassene Mitwirkung seitens des Auftraggebers begründen auch dann den Anspruch des Auftragnehmers auf Ersatz der ihm hierdurch entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, wenn der Auftragnehmer von seinem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

(2) Bei Verträgen über die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabenvorrechnung ist eine fristlose Beendigung durch den Auftragnehmer gemäß Punkt 10 (1) zulässig, wenn der Auftraggeber seiner Mitwirkungspflicht gemäß Punkt 2. (1) zweimal nachweislich nicht nachkommt.

11. Honoraranspruch

(1) Unterbleibt die Ausführung des Auftrages (z.B. wegen Rücktritt oder Kündigung), so gebührt dem Auftragnehmer gleichwohl das vereinbarte Entgelt (Honorar), wenn er zur Leistung bereit war und durch Umstände, deren Ursache auf Seiten des Auftraggebers liegen, ein bloßes Mitverschulden des Auftragnehmers bleibt diesbezüglich außer Ansatz, daran gehindert worden ist; der Auftragnehmer braucht sich in diesem Fall nicht anrechnen zu lassen, was er durch anderweitige Verwendung seiner und seiner Mitarbeiter Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben unterlässt.

(2) Bei Beendigung eines Dauerauftrags gebührt das vereinbarte Entgelt für den verbleibenden Auftragsstand, sofern er fertiggestellt wird oder dies aus Gründen, die dem Auftraggeber zuzurechnen sind, unterbleibt (auf Punkt 11. (1) wird verwiesen). Vereinbarte Pauschalhonorare sind gegebenenfalls zu aliquotieren.

(3) Unterbleibt eine zur Ausführung des Werkes erforderliche Mitwirkung des Auftraggebers, so ist der Auftragnehmer auch berechtigt, ihm zur Nachholung eine angemessene Frist zu setzen mit der Erklärung, dass nach fruchtlosem Verstreichen der Frist der Vertrag als aufgehoben gelte, im Übrigen gelten die Folgen des Punkt 11. (1).

(4) Bei Nichteinhaltung der Beendigungsfrist gemäß Punkt 9. (3) durch den Auftraggeber, sowie bei Vertragsauflösung gemäß Punkt 10. (2) durch den Auftragnehmer behält der Auftragnehmer den vollen Honoraranspruch für drei Monate.

12. Honorar

(1) Sofern nicht ausdrücklich Unentgeltlichkeit vereinbart ist, wird jedenfalls gemäß § 1004 und § 1152 ABGB eine angemessene Entlohnung geschuldet. Höhe und Art des Honoraranspruchs des Auftragnehmers ergeben sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung. Sofern nicht nachweislich eine andere Vereinbarung getroffen wurde sind Zahlungen des Auftraggebers immer auf die älteste Schuld anzurechnen.

(2) Die kleinste verrechenbare Leistungseinheit beträgt eine Viertelstunde.

(3) Auch die Wegzeit wird im notwendigen Umfang verrechnet.

(4) Das Aktenstudium in der eigenen Kanzlei, das nach Art und Umfang zur Vorbereitung des Auftragnehmers notwendig ist, kann gesondert verrechnet werden.

(5) Erweist sich durch nachträglich hervorgekommene besondere Umstände oder auf Grund besonderer Inanspruchnahme durch den Auftraggeber ein bereits vereinbartes Entgelt als unzureichend, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber darauf hinzuweisen und sind Nachverhandlungen zur Vereinbarung eines angemessenen Entgelts zu führen (auch bei unzureichenden Pauschalhonoraren).

(6) Der Auftragnehmer verrechnet die Nebenkosten und die Umsatzsteuer zusätzlich. Beispielfhaft aber nicht abschließend im Folgenden (7) bis (9):

(7) Zu den verrechenbaren Nebenkosten zählen auch belegte oder pauschalierte Barauslagen, Reisespesen (bei Bahnfahrten 1. Klasse), Diäten, Kilometergeld, Kopierkosten und ähnliche Nebenkosten.

(8) Bei besonderen Haftpflichtversicherungserfordernissen zählen die betreffenden Versicherungsprämien (inkl. Versicherungssteuer) zu den Nebenkosten.

(9) Weiters sind als Nebenkosten auch Personal- und Sachaufwendungen für die Erstellung von Berichten, Gutachten uä. anzusehen.

(10) Für die Ausführung eines Auftrages, dessen gemeinschaftliche Erledigung mehreren Auftragnehmern übertragen worden ist, wird von jedem das seiner Tätigkeit entsprechende Entgelt verrechnet.

(11) Entgelte und Entgeltvorschüsse sind mangels anderer Vereinbarungen sofort nach deren schriftlicher Geltendmachung fällig. Für Entgeltzahlungen, die später als 14 Tage nach Fälligkeit geleistet werden, können Verzugszinsen verrechnet werden. Bei beiderseitigen Unternehmengeschäften gelten Verzugszinsen in der in § 456 1. und 2. Satz UGB festgelegten Höhe.

(12) Die Verjährung richtet sich nach § 1486 ABGB und beginnt mit Ende der Leistung bzw. mit späterer, in angemessener Frist erfolgter Rechnungslegung zu laufen.

(13) Gegen Rechnungen kann innerhalb von 4 Wochen ab Rechnungsdatum schriftlich beim Auftragnehmer Einspruch erhoben werden. Andernfalls gilt die Rechnung als anerkannt. Die Aufnahme einer Rechnung in die Bücher gilt jedenfalls als Anerkenntnis.

(14) Auf die Anwendung des § 934 ABGB im Sinne des § 351 UGB, das ist die Anfechtung wegen Verkürzung über die Hälfte für Geschäfte unter Unternehmern, wird verzichtet.

(15) Falls bei Aufträgen betreffend die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabenverrechnung ein Pauschalhonorar vereinbart ist, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarung die Vertretungstätigkeit im Zusammenhang mit abgaben- und beitragsrechtlichen Prüfungen aller Art einschließlich der Abschluss von Vergleichen über Abgabenbemessungs- oder Beitragsgrundlagen, Berichterstattung, Rechtsmittelerhebung uä. gesondert zu honorieren. Sofern nichts anderes schriftlich vereinbart ist, gilt das Honorar als jeweils für ein Auftragsjahr vereinbart.

(16) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen im Zusammenhang mit den im Punkt 12. (15) genannten Tätigkeiten, insbesondere Feststellungen über das prinzipielle Vorliegen einer Pflichtversicherung, erfolgt nur aufgrund eines besonderen Auftrages.

(17) Der Auftragnehmer kann entsprechende Vorschüsse verlangen und seine (fortgesetzte) Tätigkeit von der Zahlung dieser Vorschüsse abhängig machen. Bei Daueraufträgen darf die Erbringung weiterer Leistungen bis zur Bezahlung früherer Leistungen (sowie allfälliger Vorschüsse gemäß Satz 1) verweigert werden. Bei Erbringung von Teilleistungen und offener Teilhonorierung gilt dies sinngemäß.

(18) Eine Beanstandung der Arbeiten des Auftragnehmers berechtigt, außer bei offenkundigen wesentlichen Mängeln, nicht zur auch nur teilweisen Zurückhaltung der ihm nach Punkt 12. zustehenden Honorare, sonstigen Entgelte, Kostenersätze und Vorschüsse (Vergütungen).

(19) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Auftragnehmers auf Vergütungen nach Punkt 12. ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

13. Sonstiges

(1) Im Zusammenhang mit Punkt 12. (17) wird auf das gesetzliche Zurückbehaltungsrecht (§ 471 ABGB, § 369 UGB) verwiesen; wird das Zurückbehaltungsrecht zu Unrecht ausgeübt, haftet der Auftragnehmer grundsätzlich gemäß Punkt 7. aber in Abweichung dazu nur bis zur Höhe seiner noch offenen Forderung.

(2) Der Auftraggeber hat keinen Anspruch auf Ausfolgung von im Zuge der Auftragserfüllung vom Auftragnehmer erstellten Arbeitspapieren und ähnlichen Unterlagen. Im Falle der Auftragserfüllung unter Einsatz elektronischer Buchhaltungssysteme ist der Auftragnehmer berechtigt, nach Übergabe sämtlicher vom Auftragnehmer auftragsbezogen damit erstellter Daten, für die den Auftraggeber eine Aufbewahrungspflicht trifft, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format an den Auftraggeber bzw. an den nachfolgenden Wirtschaftstreuhänder, die Daten zu löschen. Für die Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format hat der Auftragnehmer

Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12 gilt sinngemäß). Ist eine Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format aus besonderen Gründen unmöglich oder unntlich, können diese ersatzweise im Vollausdruck übergeben werden. Eine Honorierung steht diesfalls dafür nicht zu.

(3) Der Auftragnehmer hat auf Verlangen und Kosten des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlass seiner Tätigkeit von diesem erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Auftragnehmer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die der Auftraggeber in Urschrift besitzt und für Schriftstücke, die einer Aufbewahrungspflicht nach den für den Auftragnehmer geltenden rechtlichen Bestimmungen zur Verhinderung von Geldwäsche unterliegen. Der Auftragnehmer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen. Sind diese Unterlagen bereits einmal an den Auftraggeber übermittelt worden so hat der Auftragnehmer Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12. gilt sinngemäß).

(4) Der Auftraggeber hat die dem Auftragnehmer übergebenen Unterlagen nach Abschluss der Arbeiten binnen 3 Monaten abzuholen. Bei Nichtabholung übergebener Unterlagen kann der Auftragnehmer nach zweimaliger nachweislicher Aufforderung an den Auftraggeber, übergebene Unterlagen abzuholen, diese auf dessen Kosten zurückstellen und/oder ein angemessenes Honorar in Rechnung stellen (Punkt 12. gilt sinngemäß). Die weitere Aufbewahrung kann auch auf Kosten des Auftraggebers durch Dritte erfolgen. Der Auftragnehmer haftet im Weiteren nicht für Folgen aus Beschädigung, Verlust oder Vernichtung der Unterlagen.

(5) Der Auftragnehmer ist berechtigt, fällige Honorarforderungen mit etwaigen Depotguthaben, Verrechnungsgeldern, Treuhandgeldern oder anderen in seiner Gewahrsame befindlichen liquiden Mitteln auch bei ausdrücklicher Inverwahrnehmung zu kompensieren, sofern der Auftraggeber mit einem Gegenanspruch des Auftragnehmers rechnen musste.

(6) Zur Sicherung einer bestehenden oder künftigen Honorarforderung ist der Auftragnehmer berechtigt, ein finanzamtliches Guthaben oder ein anderes Abgaben- oder Beitragsguthaben des Auftraggebers auf ein Anderkonto zu transferieren. Diesfalls ist der Auftraggeber vom erfolgten Transfer zu verständigen. Danach kann der sichergestellte Betrag entweder im Einvernehmen mit dem Auftraggeber oder bei Vollstreckbarkeit der Honorarforderung eingezogen werden.

14. Anzuwendendes Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

(1) Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt ausschließlich österreichisches Recht unter Ausschluss des nationalen Verweisungsrechts.

(2) Erfüllungsort ist der Ort der beruflichen Niederlassung des Auftragnehmers.

(3) Gerichtsstand ist – mangels abweichender schriftlicher Vereinbarung – das sachlich zuständige Gericht des Erfüllungsortes.

II. TEIL

15. Ergänzende Bestimmungen für Verbrauchergeschäfte

(1) Für Verträge zwischen Wirtschaftstreuhändern und Verbrauchern gelten die zwingenden Bestimmungen des Konsumentenschutzgesetzes.

(2) Der Auftragnehmer haftet nur für vorsätzliche und grob fahrlässig verschuldete Verletzung der übernommenen Verpflichtungen.

(3) Anstelle der im Punkt 7 Abs 2 normierten Begrenzung ist auch im Falle grober Fahrlässigkeit die Ersatzpflicht des Auftragnehmers nicht begrenzt.

(4) Punkt 6 Abs 2 (Frist für Mängelbeseitigungsanspruch) und Punkt 7 Abs 4 (Geltendmachung der Schadenersatzansprüche innerhalb einer bestimmten Frist) gilt nicht.

(5) Rücktrittsrecht gemäß § 3 KSchG:

Hat der Verbraucher seine Vertragserklärung nicht in den vom Auftragnehmer dauernd benützten Kanzleiräumen abgegeben, so kann er von seinem Vertragsantrag oder vom Vertrag zurücktreten. Dieser Rücktritt kann bis zum Zustandekommen des Vertrages oder danach binnen einer Woche erklärt werden; die Frist beginnt mit der Ausfolgung einer Urkunde, die zumindest den Namen und die Anschrift des Auftragnehmers sowie eine Belehrung über das Rücktrittsrecht enthält, an den Verbraucher, frühestens jedoch mit dem Zustandekommen des Vertrages zu laufen. Das Rücktrittsrecht steht dem Verbraucher nicht zu,

1. wenn er selbst die geschäftliche Verbindung mit dem Auftragnehmer oder dessen Beauftragten zwecks Schließung dieses Vertrages angebahnt hat,

2. wenn dem Zustandekommen des Vertrages keine Besprechungen zwischen den Beteiligten oder ihren Beauftragten vorangegangen sind oder

3. bei Verträgen, bei denen die beiderseitigen Leistungen sofort zu erbringen sind, wenn sie üblicherweise von Auftragnehmern außerhalb ihrer Kanzleiräume geschlossen werden und das vereinbarte Entgelt € 15 nicht übersteigt.

Der Rücktritt bedarf zu seiner Rechtswirksamkeit der Schriftform. Es genügt, wenn der Verbraucher ein Schriftstück, das seine Vertragserklärung oder die des Auftragnehmers enthält, dem Auftragnehmer mit einem Vermerk zurückstellt, der erkennen lässt, dass der Verbraucher das Zustandekommen oder die Aufrechterhaltung des Vertrages ablehnt. Es genügt, wenn die Erklärung innerhalb einer Woche abgesendet wird.

Tritt der Verbraucher gemäß § 3 KSchG vom Vertrag zurück, so hat Zug um Zug

1. der Auftragnehmer alle empfangenen Leistungen samt gesetzlichen Zinsen vom Empfangstag an zurückzuerstatten und den vom Verbraucher auf die Sache gemachten notwendigen und nützlichen Aufwand zu ersetzen,

2. der Verbraucher dem Auftragnehmer den Wert der Leistungen zu vergüten, soweit sie ihm zum klaren und überwiegenden Vorteil gereichen.

Gemäß § 4 Abs 3 KSchG bleiben Schadenersatzansprüche unberührt.

(6) Kostenvoranschläge gemäß § 5 KSchG:

Für die Erstellung eines Kostenvoranschlages im Sinn des § 1170a ABGB durch den Auftragnehmer hat der Verbraucher ein Entgelt nur dann zu zahlen, wenn er vorher auf diese Zahlungspflicht hingewiesen worden ist.

Wird dem Vertrag ein Kostenvoranschlag des Auftragnehmers zugrunde gelegt, so gilt dessen Richtigkeit als gewährleistet, wenn nicht das Gegenteil ausdrücklich erklärt ist.

(7) Mängelbeseitigung: Punkt 6 wird ergänzt:

Ist der Auftragnehmer nach § 932 ABGB verpflichtet, seine Leistungen zu verbessern oder Fehlendes nachzutragen, so hat er diese Pflicht zu erfüllen, an dem Ort, an dem die Sache übergeben worden ist. Ist es für den Verbraucher tunlich, die Werke und Unterlagen vom Auftragnehmer gesendet zu erhalten, so kann dieser diese Übersendung auf seine Gefahr und Kosten vornehmen.

(8) Gerichtsstand: Anstelle Punkt 14. (3) gilt:

Hat der Verbraucher im Inland seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt oder ist er im Inland beschäftigt, so kann für eine Klage gegen ihn nach den §§ 88, 89, 93 Abs 2 und 104 Abs 1 JN nur die Zuständigkeit eines Gerichtes begründet werden, in dessen Sprengel der Wohnsitz, der gewöhnliche Aufenthalt oder der Ort der Beschäftigung liegt.

(9) Verträge über wiederkehrende Leistungen:

(a) Verträge, durch die sich der Auftragnehmer zu Werkleistungen und der Verbraucher zu wiederholten Geldzahlungen verpflichten und die für eine unbestimmte oder eine ein Jahr übersteigende Zeit geschlossen worden sind, kann der Verbraucher unter Einhaltung einer zweimonatigen Frist zum Ablauf des ersten Jahres, nachher zum Ablauf jeweils eines halben Jahres kündigen.

(b) Ist die Gesamtheit der Leistungen eine nach ihrer Art unteilbare Leistung, deren Umfang und Preis schon bei der Vertragsschließung bestimmt sind, so kann der erste Kündigungstermin bis zum Ablauf des zweiten Jahres hinausgeschoben werden. In solchen Verträgen kann die Kündigungsfrist auf höchstens sechs Monate verlängert werden.

(c) Erfordert die Erfüllung eines bestimmten, in lit. a) genannten Vertrages erhebliche Aufwendungen des Auftragnehmers und hat er dies dem Verbraucher spätestens bei der Vertragsschließung bekannt gegeben, so können den Umständen angemessene, von den in lit. a) und b) genannten abweichende Kündigungsfristen und Kündigungsfristen vereinbart werden.

(d) Eine Kündigung des Verbrauchers, die nicht fristgerecht ausgesprochen worden ist, wird zum nächsten nach Ablauf der Kündigungsfrist liegenden Kündigungstermin wirksam.